

# Keine Geschäfte mit dem Jemen-Krieg!

Leere Liste  
kann als Kopiervorlage  
verwendet werden.  
Weitere Listen unter  
Tel. 040/306 180 anfordern.

Seit 2015 herrscht Bürgerkrieg im Jemen. Rüstungskonzerne aus Deutschland verdienen an dem Konflikt, indem sie die kriegführenden Parteien bewaffnen. Damit muss Schluss sein!

Die Vereinten Nationen bezeichnen die Lage im Jemen als gegenwärtig „größte humanitäre Katastrophe der Welt“. Nach Angaben der Organisation „Save The Children“ sind seit 2015 85.000 Kinder unter fünf Jahren in der Region an den Folgen von Hunger und Krankheit gestorben. Auch Waffen aus Deutschland kommen

bei dem Konflikt zum Einsatz und sorgen dafür, dass sich die Katastrophe immer weiter zuspitzt.

Rüstungsexporte an die kriegführenden Parteien im Jemen höhlen das humanitäre Völkerrecht aus. Unterstützen Sie unsere Petition gegen die Exporte mit Ihrer Unterschrift! Den genauen Wortlaut unserer Forderungen an die Bundesregierung finden Sie auf der Rückseite.

## Gemeinsam mit Greenpeace fordere ich:

- Die Bundesregierung muss den Export von Kriegswaffen und anderen Rüstungsgütern an die Kriegscoalition unterbinden!

Vorname, Name	
PLZ, Ort	@
E-Mail	
Datum, Unterschrift	
<input type="checkbox"/> Ja, ich möchte – auch per Email – zu dieser Kampagne und zur Greenpeace-Arbeit informiert werden. 403313	

Vorname, Name	
PLZ, Ort	@
E-Mail	
Datum, Unterschrift	
<input type="checkbox"/> Ja, ich möchte – auch per Email – zu dieser Kampagne und zur Greenpeace-Arbeit informiert werden. 403313	

Vorname, Name	
PLZ, Ort	@
E-Mail	
Datum, Unterschrift	
<input type="checkbox"/> Ja, ich möchte – auch per Email – zu dieser Kampagne und zur Greenpeace-Arbeit informiert werden. 403313	

Vorname, Name	
PLZ, Ort	@
E-Mail	
Datum, Unterschrift	
<input type="checkbox"/> Ja, ich möchte – auch per Email – zu dieser Kampagne und zur Greenpeace-Arbeit informiert werden. 403313	

Wenn Sie [Ja] angekreuzt haben, können Sie o.g. Zusage jederzeit widerrufen. Informationen zum Datenschutz unter [www.greenpeace.de/datenschutz](http://www.greenpeace.de/datenschutz). Greenpeace garantiert: Keine Adressweitergabe an Dritte!

## Was passiert mit Deiner Unterschrift?

Als Teil dieser wichtigen Bewegung halten wir Dich regelmäßig per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen auf dem Laufenden und zeigen Dir wann und wo Du aktiv mitmachen kannst.

# Der Jemen-Krieg – eine Katastrophe mit deutscher Beteiligung

Foto: Chris Grodzki / Greenpeace



Seit 2015 tobt im Jemen ein brutaler Bürgerkrieg. Die Organisation „Save The Children“ schätzt, dass bereits 85.000 Kinder unter fünf Jahren an den Folgen von Hunger und Krankheit gestorben sind. Für den deutschen Waffenhersteller Rheinmetall bedeutet das Elend der Menschen im Jemen vor allem eine hohe Rendite. Die italienische Rheinmetall-Tochter RWM Italia beliefert Saudi-Arabien mit Bomben der MK-80-Serie, die der Golfstaat im Jemenkrieg nachweislich eingesetzt hat. Gegen dieses widerliche Geschäft mit Krieg, Leid und Tod haben am 28.05.2019 zwanzig Greenpeace-Aktivist\*innen bei der Rheinmetall-Hauptversammlung in Berlin protestiert. Die Botschaft auf dem riesigen gelben Banner, das sie am Tagungshotel anbrachten: „Rheinmetall-Bomben töten im Jemen!“

## Mitschuld an der größten humanitären Katastrophe

Die Vereinten Nationen bezeichnen die Lage im Jemen als gegenwärtig „größte humanitäre Katastrophe der Welt“. An dieser Katastrophe macht sich die Bundesregierung mit-schuldig, wenn sie nicht schnell und entschieden den Nach-schub jeglicher Kriegswaffen in die Krisenregion verhindert. Als größter Kunde des Waffenherstellers muss sie einen so-fortigen Lieferstopp von Waffen an die Jemen-Kriegskoalition zur Bedingung einer fortgesetzten Geschäftsbeziehung mit Rheinmetall machen.

24 Millionen Menschen im Jemen sind laut UN auf humanitäre Hilfe angewiesen. Es ist klar: Jede weitere Waffenlieferung an die Kriegsparteien verlängert das Leiden der Menschen. Auf Betreiben der SPD hatte die Große Koalition deshalb 2018 beschlossen, keine Rüstungsexporte an Länder zu genehmigen, „solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.“ Trotz dieser Erklärung im Koalitionsvertrag exportierte Deutschland dann aber noch Rüstungsgüter im Wert von rund 400 Millionen Euro an Länder der Jemenkriegskoalition, sofern die Genehmigungen dazu bereits erteilt waren.

## Embargo mit Schlupflöchern

Erst nach der mutmaßlichen Ermordung eines saudischen Journalisten im Herbst 2018 verhängte die Bundesregierung einen vollständigen Exportstopp. Doch auch dieses Embargo, das vor zwei Monaten bis Ende September verlängert wurde, enthält Schlupflöcher. Weiterhin möglich sind die Lieferung von

Komponenten und Ersatzteilen an andere Nationen, die sie dann im Rahmen von Kooperationen an im Jemen-Krieg be-teiligte Länder liefern können. Oder eben die oben genannten Waffenlieferungen, die deutsche Rüstungskonzerne über Tochterfirmen und Joint Ventures im Ausland abwickeln.

Mit Waffenexporten in Krisenregionen unterlaufen die EU-Staaten das Friedensprojekt Europa und missachten ihre selbstgesteckten Ziele. In einem gemeinsamen Standpunkt zu Rüstungsexporten hat die EU 2008 beschlossen, keine Waffen in Länder zu exportieren, in denen die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts nicht gewährleistet sind – oder die gelieferten Waffen bestehende Konflikte verlängern könnten.

## Greenpeace fordert:

- ▶ Die Bundesregierung muss ein rechtlich bindendes, aus-nahmsloses Verbot von Rüstungsexporten an Drittländer, in Konfliktregionen und an Länder verhängen, in denen Men-schenrechte verletzt werden. Das betrifft unter anderem Exporte an Länder wie Mexiko, Türkei, Iran und Myanmar.
- ▶ Die Bundesregierung muss ein zeitlich nicht befristetes Waffenembargo gegen alle am Jemen-Krieg direkt betei-ligten Staaten beschließen und dafür sorgen, dass die Lieferung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien, das die Jemenkriegs-Koalition anführt, nach Ablauf des derzeitigen Embargos gegen das Land nicht wieder aufgenommen wird!
- ▶ Die Bundesregierung sollte keine weiteren Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungs-gütern an alle am Jemen-Krieg beteiligten Staaten er-teilen – dies gilt auch für den indirekten Export, bei dem deutsche Rüstungsgüter an Staaten wie Frankreich und Großbritannien geliefert werden, die sie als Bestandteil einer Waffe oder als Ersatzteile an die kriegführenden Staaten der Jemenkriegskoalition weiterliefern.
- ▶ Die Bundesregierung muss auch die bestehenden Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsexporte an die direkt am Jemenkrieg beteiligten Staaten widerrufen.
- ▶ Die Bundesregierung muss dafür Sorge tragen, dass deut-sche Rüstungskonzerne auch nicht über Tochterfirmen im Ausland Waffen an die am Jemen-Krieg beteiligten Parteien liefern.